

Andreas Wehr

Sahra Wagenknecht als Theoretikerin des staatsmonopolistischen Kapitalismus - Eine Antwort, auch an ihre Kritikerⁱ

Zum Buch von Sahra Wagenknecht, Reichtum ohne Gier -Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten
Campus Verlag 2016, ISBN: 9783593505169, 19,95 €

Sahra Wagenknecht gilt als die bekannteste und die profilierteste Vertreterin der Partei Die Linke. Sie nimmt nicht nur zu aktuellen Themen Stellung, mit ihren Büchern beeinflusst sie auch die strategischen Debatten der gesamten gesellschaftlichen Linken. Ihre Aussagen hierzu sind ebenso umstritten, wie viele ihrer tagespolitischen Stellungnahmen. Dies war bereits bei ihrem 2011 erschienenen Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ so, in dem sie sich positiv auf die Theorie der sozialen Marktwirtschaft bezog, für viele Linke stellte das eine ungeheure Provokation dar. Im Frühjahr 2016 hat sie mit „Reichtum ohne Gier – wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ eine weitere programmatische Schrift vorgelegt.

Auch das neue Buch erfreut sich einer großen Verbreitung. Auf der Bestsellerliste des *Spiegels* hielt es sich über Wochen. Bürgerliche Kommentatoren kamen nicht umhin, zumindest die in ihm enthaltene Analyse zu würdigen. Nicht aber so das linke Spektrum. Hier werden sowohl Analyse als auch die Handlungsvorschläge der Autorin fast durchgehend negativ bewertet. In der Zeitschrift *Sozialismus* wird Wagenknecht „Autismus“ⁱⁱ, und „linker Nationalismus“ⁱⁱⁱ vorgeworfen. Damit bedient man sich dort einer Schmähkritik gegenüber der Autorin, wie wir sie sonst nur aus bürgerlichen Medien kennen. In einer Besprechung in den *Marxistischen Blättern* wird Wagenknecht in die rechte Ecke gestellt, indem sie der Verbreitung „illusionärer ordoliberaler Romantik“^{iv} beschuldigt wird. Diesen abwertenden Stellungnahmen stehen nur wenige Stimmen gegenüber, die dem Buch – trotz Kritik in manchen Fragen – zugestehen, dass es „einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Notwendigkeit einer antikapitalistischen Alternative leistet.“^v Haben aber diejenigen Recht, die das Buch auf „dem weiten Feld der Kapitalismus-Sanierer“^{vi} ansiedeln?

Die Fragen von 2011 als Ausgangspunkt

In „Freiheit statt Kapitalismus“ schrieb Sahra Wagenknecht 2011 ganz am Schluss: „Kreativer Sozialismus hat sich von der Idee des planwirtschaftlichen Zentralismus verabschiedet. Er will mehr Wettbewerb, nicht weniger. Aber dort, wo lediglich Pseudowettbewerb stattfindet, weil natürliche Monopole oder Oligopole ihre Marktmacht zur Wettbewerbsverhinderung einsetzen, ist die öffentliche Hand gefordert. Es gibt Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Sozialismus ohne Planwirtschaft.“^{vii} Ihr neues, fünf Jahre später erschienenen Buch, geht nun ausführlich auf die damals aufgestellten Thesen ein. Dargestellt wird, wie jene „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ aussehen kann.

Blicken wir zunächst auf die erste These des Buches von 2011, dass „Sozialismus ohne Planwirtschaft“ möglich sei. Ausgangspunkt ist, dass spätestens ab dem Zusammenbruch des Realsozialismus diskutiert wird, wie ein künftiges Verhältnis von Plan und Markt aussehen könnte. Seitdem wird neu nachgedacht sowohl über die sowjetische Politik der „Neuen Ökonomischen Politik“ vom Anfang der 1920er Jahre als auch über das abgebrochene Experiment eines „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ in der DDR. Auch das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung erfährt unter Linken neue

Aufmerksamkeit. Doch über Markt und Plan wird nicht nur diskutiert. In der Realität sammelt bereits Kuba erste Erfahrungen mit der Einführung marktwirtschaftlicher Steuerungselemente. Und da ist vor allem das chinesische Experiment einer Marktwirtschaft unter Leitung der Kommunistischen Partei. Niemand kann heute vorhersagen, wie es ausgehen wird. Auf diese Debatte geht Wagenknecht in ihrem neuen Buch nicht ein. Den Begriff Sozialismus erwähnt sie nicht mehr und spricht stattdessen nur noch von einer anzustrebenden „freien, demokratischen, innovativen, wohlhabenden und gerechten Gesellschaft“ (287). Mit einigem Wohlwollen kann man diese Charakterisierung mit Sozialismus gleichsetzen. Dass diese neue Gesellschaft nun ohne Planwirtschaft realisiert werden kann, davon versucht uns die Autorin auf vielen Seiten zu überzeugen. Wir werden sehen, ob ihr das gelingt.

Wie steht es nun mit ihrer These von 2011, dass es eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ geben könne? Vor allem diese Behauptung versucht die Autorin in ihrem neuen Buch zu belegen. Mit ihrem Credo, dass dies möglich ist, zielt Wagenknecht auf eine der wirkmächtigsten Ideologien der herrschenden Ordnung. Sie lautet: Der Kapitalismus bleibt bei all seinen Mängeln und Unzulänglichkeiten am Ende doch alternativlos, schließlich sei nur er in der Lage, durch permanenten Konkurrenzdruck und beständige Auslese der schwächeren Unternehmen immer wieder aufs Neue Produkte von höchstem technischen Standard hervorzubringen, womit er den gesellschaftlichen Fortschritt garantiere. Und machen wir uns nichts vor: Selbst aufrechte Kritiker des Systems glauben in ihrem Innersten an den Satz Joseph Schumpeters, dass der Kapitalismus eine permanente „schöpferische Zerstörung“ bewirke. Die Gleichsetzung von Kapitalismus und Innovation ist denn auch im Alltagsbewusstsein tief verankert.

Sahra Wagenknecht als Theoretikerin des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Im Kapitel „Abgesteckte Claims: Marktmacht als Innovations- und Qualitätskiller“ (95)^{viii} tritt die Autorin diesem Alltagsbewusstsein entgegen. Sie zeigt auf, wie das „Ausnutzen von Marktmacht“ immer noch und sogar immer umfassender dafür sorgt, dass sich nicht das Bessere sondern das Schlechtere durchsetzt. Sie widerlegt die Behauptung, dass der Kapitalismus unentbehrlich für Innovationen sei. Das Gegenteil sei vielmehr der Fall: Unter ihm verkümmern technologische Potentiale, wird menschliche Kreativität vergeudet und werden alternative Wege hin zu einem besseren Leben erst gar nicht beschritten. Der destruktive Charakter der kapitalistischen Produktionsweise tritt so immer deutlicher hervor. Zum Beweis führt Wagenknecht eine Vielzahl von Studien, Statistiken und Artikeln an. So beschreibt sie, wie Siemens nur noch an solchen Innovationen interessiert ist, die kurzfristig hohe Gewinne bringen. Produkte hingegen, die ihre Marktreife erst nach Jahren erreichen, die aber besonders geeignet sind das tägliche Leben zu erleichtern, erblicken deshalb erst gar nicht die Welt.

Bereits Lenin hat darauf hingewiesen, dass die Gleichsetzung von Kapitalismus und Innovationsvermögen in einer kartellierten und monopolisierten Welt nicht mehr zutrifft. In seiner Imperialismusschrift von 1916 schrieb er über einen gewissen Owens, der eine Maschine erfunden hatte, „die eine Revolution in der Flaschenherstellung herbeiführt. Das deutsche Kartell der Flaschenfabrikanten kauft Owens Patente auf und legt sie in das unterste Schubfach um ihre Auswertung zu verhindern.“^{ix} Für Lenin war das ein Beispiel für „Stagnation und Fäulnis“ des Imperialismus.

Über den anhaltenden Monopolisierungsprozess heißt es: „Auch im Industriezeitalter ist der typische kapitalistische Markt nicht der offene Wettbewerb vieler Anbieter, sondern das Oligopol.“ (87) Kaum ein Bereich ist davon ausgenommen: „Ob Stahl oder Chemie, ob Automobile, Pharmazie oder Elektrotechnik, ob Telefone oder Transport, es sind wenige Großkonzerne, die die wichtigen Märkte kontrollieren und die sich zudem aufgrund ihrer Größe und ihres Einflusses bei Risiken oder in Krisensituationen stets auf die stützende Hand des Staates verlassen können.“ (91) Ohne seine Hilfe geht nichts mehr: „Ein Einstieg in reife Märkte ist also theoretisch schon möglich, allerdings nur, wenn man die Aufbauunterstützung eines ganzen Staates im Rücken hat und sich zunächst geschützt vor der Konkurrenz entwickeln kann.“ (95)

Wagenknecht beschreibt damit nichts anderes als den Kern des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK), wie er etwa in dem Buch von Gretchen Binus, Beate Landefeld und Andreas Wehr dargestellt ist.^x Dass sie tatsächlich in der Tradition dieser Theorie steht, darauf weisen auch Stephan Krüger und Christoph Lieber in ihrer Rezension in der Zeitschrift *Sozialismus* hin: „Dies lese sich 'als Versuch einer Wiederbelebung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus'"^{xi} heißt es dort. Was hier aber als Vorwurf formuliert wird, ist tatsächlich ein Gewinn, denn noch heute ist keine andere Theorie als die des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Lage, den gegenwärtigen Entwicklungsstand des Kapitalismus exakter abzubilden. Über diese Ausführungen der Autorin verliert Klaus Wagener in seiner Besprechung kein Wort. Dies muss erstaunen, wird doch die SMK-Theorie sowohl in den *Marxistischen Blättern* als auch in der DKP sonst stets hochgehalten.

Eine Kritikerin der Globalisierung und der EU

Als Kennerin der Schriften Hegels sieht Wagenknecht im Staat *die* Instanz, in der die Demokratie zur Entfaltung kommen kann. Im Vorwort ihres Buches heißt es: „Es existiert daher auf absehbare Zeit vor allem eine Instanz, in der echte Demokratie leben kann und für deren Re-Demokratisierung wir uns einsetzen müssen: das ist der historisch entstandene Staat mit seinen verschiedenen Ebenen, von den Städten und Gemeinden über die Regionen und Bundesländer bis zu den nationalen Parlamenten und Regierungen.“ (24)

Sie glaubt nicht daran, aus der EU jemals eine demokratische und soziale Union machen zu können: „Ein wichtiger europäischer Wert ist ja gerade die Demokratie, die mittels der europäischen Verträge und Institutionen geschliffen werden soll. In diesem Sinne kann man die Europäische Union sogar als ein *antieuropäisches* Projekt ansehen.“ (26) Die Autorin weiß wovon sie spricht, schließlich war sie über Jahre Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Für den Euro sieht sie keine Zukunft: „Manche fordern (...), die Eurozone zu demokratisieren. Aber es sieht nicht danach aus, dass das ein erfolgversprechendes Projekt sein könnte. (...) Eine bessere Idee wäre es daher, den demokratischen Staaten ihre eigene Währung zurückzugeben und im Austausch mit anderen Währungen Kapitalverkehrskontrollen einzuführen.“ (26) Sie gehört auch nicht zu jenen, die meinen vor der Rückkehr zum Nationalstaat warnen zu müssen. Im Gegenteil: „Demokratie und Sozialstaat wurden aus gutem Grund im Rahmen einzelner Nationalstaaten erkämpft, und sie verschwinden mit dem Machtverlust ihrer Parlamente und Regierungen.“ (23)

Um die Demokratie und den Sozialstaat zu retten, stellt sie nicht nur die EU in Frage, sie fordert auch die Umkehrung der Globalisierung: „Wenn wir wieder in wirklich demokratischen Gemeinwesen leben wollen, gibt es daher nur den umgekehrten Weg. Nicht

die Produktion muss sich internationalisieren, sondern die wirtschaftlichen Strukturen müssen dezentralisiert und verkleinert werden. Wir brauchen globalen Austausch und Handel, aber wir brauchen keine modernen Räuberbarone, die auf drei oder vier Kontinenten produzieren lassen und sich jeweils die Orte mit den billigsten Löhnen und den niedrigsten Steuern aussuchen können.“ (27) In ihrer Partei Die Linke dürfte sich Wagenknecht mit diesen Aussagen nicht viele Freunde machen. Für den *Sozialismus*-Rezensenten Michael Wendl ist dies alles nichts anderes als „Linker Nationalismus“^{xii} So reden auch Katja Kipping und Gregor Gysi aus der Linkspartei. Aber auch für Krüger und Liebers ist diese Sicht auf die EU und den Euro „kein vorwärtsweisendes linkes Konzept“^{xiii}. Für Klaus Wagener sind die klaren Positionen Wagenknechts gegenüber EU, Euro und Globalisierung hingegen nicht einmal der Erwähnung wert.

„Eigentum neu denken“

Im zweiten Teil ihres Buches widmet sich Wagenknecht unter der Überschrift „Eigentum neu denken“ ausführlich der Frage, was an die Stelle der kapitalistischen Eigentumsverfassung treten kann. Als Modell einer auf den Gemeinnutz orientierten Einrichtung nennt sie die Carl-Zeiss-Stiftung. Auch die Mitarbeitergesellschaft wird als Alternative vorgeschlagen. Damit rückt sie die Frage des Eigentums in den Mittelpunkt der Debatte. Die Autorin unterscheidet sich damit wohlthuend von den Transformationstheoretikern der Linkspartei bzw. der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Diese schweigen regelmäßig über das Eigentum.

Die von Wagenknecht hier vorgeschlagenen Formen, zu denen auch die Genossenschaften gehören, bleiben aber immer Inseln im kapitalistischen Meer, stets bedroht, überflutet zu werden. Der Staat soll hingegen ausdrücklich nicht als Eigentümer an die Stelle der Kapitalisten treten. Hier zeigt sich eine anti-etatistische Haltung bei ihr, die offensichtlich nur mit der Angst vor einer Identifizierung mit der realsozialistischen Vergangenheit zu erklären ist. Doch ein Unternehmen in der Rechtsform einer Mitarbeitergesellschaft, die der „Gesamtheit seiner Belegschaft“ (275) gehört, wird wohl kaum Entscheidungen über seine eigene Abschaffung bzw. über seine drastische Verkleinerung treffen können bzw. wollen. Solche strukturellen Eingriffe werden aber nötig sein, um etwa die Rüstungsindustrie drastisch zu verkleinern, oder um die Automobilindustrie auf neue Produkte umzustellen. Der chinesische Staat behält sich solche Eingriffsrechte in die Marktwirtschaft a la chinoise ausdrücklich vor. Nicht anders kann es in Deutschland sein. Auch hier wird es des Eingriffs des Staates mittels möglichst demokratisch legitimierter Planung bedürfen. Die bereits 2011 vorgetragene These, es könne „Sozialismus ohne Planwirtschaft“ geben, ist daher nicht realistisch. Jörg Roesler kritisiert die anti-etatistische Haltung: „Die weitgehende Ignorierung des Staates im von ihr angestrebten Transformationsprozess erstaunt aber insofern, als die Autorin in ihrem Buch durchaus positiv über die Rolle des Staates in den vergangenen 150 Jahren kapitalistischer Entwicklung, speziell bei 'entscheidenden technologischen Durchbrüchen' (158), schreibt. Gilt das prinzipiell nicht für den sozialistischen Staat?“^{xiv}

Der Teil des Buches zu den „Grundzügen einer modernen Wirtschaftsordnung“ lässt daher viele Fragen offen. Es gibt aber dennoch keinen Grund, sich angesichts dessen auf das hohe marxistische Ross zu schwingen und – wie in den meisten Rezensionen leider geschehen – mit hochgestochenen Zitaten der Klassiker zu begründen, dass hier nur der Sturz des Kapitalismus und die sofortige Vergesellschaftung weiterhelfe. Mitarbeitergesellschaften, echte Mitbestimmung und ein umfassendes Genossenschaftswesen mögen alleine eine andere Wirtschaftsordnung nicht hervorbringen können. Diese neuen Eigentumsformen

sollten aber dennoch wichtige Bestandteile einer neuen Ordnung sein, die – im Unterschied zum vergangenen Realsozialismus - auf der Pluralität unterschiedlichster Eigentumsformen beruhen muss.

Wagenknecht – eine verkappte Ordoliberalen?

Nun wird der Autorin zum Vorwurf gemacht, mit ihren positiven Verweisen auf ordoliberale Theoretiker wie Alexander Rüstow, Walter Eucken und Ludwig Erhard für reichlich Verwirrung zu sorgen. Und in der Tat: Man kann geteilter Meinung sein, ob des Lobes für diese Ordoliberalen an manchen Stellen des Buches nicht zu viel ist. Man sollte aber bedenken, dass auch Marx, Engels und Lenin nie Probleme damit hatten, bürgerliche Theoretiker nicht nur zu zitieren, sondern sie auch für sich sprechen zu lassen. So entwickelte Lenin seine Analyse des Imperialismus vor allem auf Grundlage der Texte des englischen Ökonomen John A. Hobson, jemand, der nach Lenin „den Standpunkt des bürgerlichen Sozialreformismus und Pazifismus vertritt.“^{xv} Doch niemand kommt auf die Idee, Lenin deshalb des bürgerlichen Sozialreformismus und Pazifismus zu verdächtigen!

Zudem darf nicht übersehen werden: Wagenknecht wendet sich nicht in erster Linie an ein marxistisch geschultes oder auch nur linkes Publikum. So wird denn kaum einer ihrer Leser überhaupt wissen, dass es die *Marxistischen Blätter*, die Zeitschrift *Marxistische Erneuerung Z.*, die Zeitschrift *Sozialismus* gibt. Da kann es durchaus Sinn machen, mit Hilfe solcher Zitate Zugänge herzustellen, wie sie Linke sonst nicht haben, gilt es schließlich, die Menschen dort abzuholen, wo sie nun einmal stehen. Auch wirkt es erhellend, die Aussagen der Apologeten des heutigen Monopolkapitalismus mit der Elle jener Ordoliberalen vom Beginn der 1950er Jahre zu messen, die noch die Schrecken des Krieges spürten und deshalb eine Entflechtung jener Schlüsselindustrien forderten, deren Herren Hitler an die Macht gebracht hatten. Auch das Ahlener Programm der CDU von 1947 wird ja von Linken noch heute aus vergleichbaren Gründen zitiert. Niemand verdächtigt aber diese Linken Anhänger der darin enthaltenen katholischen Soziallehre zu sein.

Ganz und gar maßlos ist da der Versuch, Wagenknecht aufgrund dieser Aussagen kurzerhand den Ordoliberalen zuzuschlagen. Dies versucht aber Wagener, wenn er ihr unterstellt, „einer illusionären, ordoliberalen Romantik das Wort“ zu reden.^{xvi} Er versteigt sich sogar zu der Behauptung, dass sich Wagenknecht auf dem „Feld einer gewissermaßen neokantianischen, teils neocalvinistischen Ethik“^{xvii} bewege, ohne auch nur einen einzigen Beleg für diese Behauptungen vorlegen zu können. Ganz ähnlich geht Wendl zu Werke : „Der Text ist faszinierend, da an ihm studiert werden kann, warum ordoliberales und damit neoliberales Denken so attraktiv bis weit hinein in die politische Linke wirken kann, wenn versucht wird, mit ihm ökonomische Zusammenhänge zu erklären.“^{xviii}

Das Versagen der gesellschaftlichen Linken

Angesichts der dargestellten Einseitigkeiten, Weglassungen wesentlicher Aussagen des Buches und Unterstellungen in den zitierten Rezensionen, stellt sich abschließend die Frage nach den Gründen für dieses Verhalten. Sie kann nicht beantwortet werden ohne Wagenknechts Rolle als prominente Politikerin der Linkspartei mit zu berücksichtigen. So liegt auf der Hand, dass ihre Ausführungen in den zwei Rezensionen der Zeitschrift *Sozialismus* auch deshalb so vehement angegriffen werden, weil dieses Organ auch sonst keine Gelegenheit auslässt, der Linken-Politikerin Wagenknecht am Zeuge zu flicken, sei es gegenüber ihren Aussagen in der Flüchtlingskrise oder zur Perspektive einer Rot-Rot-Grünen

Bundesregierung. Stets findet sich die Zeitschrift an der Seite innerparteilichen Gegner Wagenknechts, heißen sie nun Katja Kipping, Bernd Riexinger oder Axel Troost. Diese Ausrichtung gestattet offensichtlich nicht, jetzt der Theoretikerin Wagenknecht Gerechtigkeit zukommen zu lassen.

Greift die Zeitschrift *Sozialismus* von rechts an, so die *Marxistischen Blätter* von links. Die der Zeitschrift nahestehende DKP rüstet sich gegenwärtig, um nach langer Pause bei den Bundestagswahlen im Herbst 2017 flächendeckend als Partei anzutreten. Nun glauben offensichtlich dort einige, dass es daher notwendig sei, sich möglichst eindrucksvoll von der Linkspartei abzusetzen. Und dabei stört der Antikapitalismus deren wichtigster Spitzenkandidatin. Deshalb wird er in Abrede gestellt.

Sahra Wagenknecht hat aber ein für die gesamte gesellschaftliche Linke wichtiges Buch vorgelegt. Sie ist dabei auf große Resonanz sowohl auf dem Buchmarkt als auch in den bürgerlichen Medien gestoßen. Dort, wo sie ihr Buch präsentiert, ist der Andrang regelmäßig groß. So fand etwa Anfang November eine Lesung mit ihr im ausverkauften großen Saal der Berliner Urania statt, und der fasst immerhin gut 800 Personen. Wer unter den linken Politikern hat einen vergleichbaren Zulauf? Es stellt ein Versagen der gesellschaftlichen Linken dar, dass sie in weiten Teilen nicht in der Lage ist, den großen Erfolg des Buches anzuerkennen, an ihn anzuknüpfen und zugleich die Positionen Wagenknechts dort zu kritisieren, wo sie unzureichend sind.

ⁱ Bei dem Text handelt es sich um die Langfassung eines Referats auf dem Seminar des Marx-Engels-Zentrums Berlin „Reichtum ohne Gier“ – geht das? Über das Buch von Sahra Wagenknecht „Reichtum ohne Gier – Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ am 29.10.2016

ⁱⁱ Stephan Krüger/Christoph Lieber, Freiheit statt Feudalismus, in: Sozialismus 6-2016, S. 33

ⁱⁱⁱ Michael Wendl, Linker Nationalismus und konservative Kapitalismuskritik, in: Sozialismus 5-2016, S. 43

^{iv} Klaus Wagener, Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, in: Marxistische Blätter 3_2016, S. 126

^v Jörg Roesler, Jenseits des Kapitalismus, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung Z. Nr. 107, S. 220. Ähnlich positiv argumentiert Andreas Wehr, Kann man Eigentum „neu denken“? in: Junge Welt vom 15.03.2016.

Weitere Rezensionen erschienen von Thies Gleiss in Heft 34 der Zeitschrift Lunapark21 und von Thomas Walter in Marx21, Ausgabe 03/2016. Auf sie wird hier nicht eingegangen.

^{vi} Klaus Wagener, a.a.O., S. 126

^{vii} Sahra Wagenknecht, Freiheit statt Kapitalismus, 2. Auflage, Frankfurt/M. 2011, S. 345

^{viii} Die in Klammern gesetzten Seitenangaben beziehen sich auf Sahra Wagenknecht, Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten, Frankfurt/Main 2016

^{ix} W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin Werke, Band 22, Berlin 1960, S.281

^x Vgl. Gretchen Binus, Beate Landefeld, Andreas Wehr, Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Köln 2014

^{xi} Stephan Krüger/Christoph Lieber, a. a. O., S. 36

^{xii} Michael Wendl, a. a. O., S. 43

^{xiii} Stephan Krüger/Christoph Lieber, a. a. O., S. 38

^{xiv} Jörg Roesler, a. a.O., S. 220

^{xv} W.I. Lenin, a. a. O., S.199

^{xvi} Klaus Wagener, a. a. O., S. 126

^{xvii} Ebenda

^{xviii} Michael Wendl, a. a. O.; S. 45